

Große Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 30.11.2011

Situation der Grundschulen in Niedersachsen

„Auf den Anfang kommt es an“ ist ein viel zitierter Anspruch an die Bildung, von der Krippe über den Kindergarten bis zur Grundschule, der die Bedeutung der frühen kindlichen Bildung für die soziale, emotionale und kognitive Entwicklung der Kinder betont.

Die derzeitigen Grundschulen zeichnen sich auch im internationalen Vergleich durch eine gute Förderung aller Schülerinnen und Schüler aus. Den Lehrkräften gelingt es mit innovativen Methoden, der heterogenen Schülerschaft in besonderer Weise gerecht zu werden.

Neue Herausforderungen für die Grundschulen entstehen heute insbesondere durch die zurückgehenden Schülerzahlen und den Anspruch der UN-Konvention für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft.

Gleichzeitig ist zu allererst in den Grundschulen bemerkbar, dass zwar die Schülerzahlen zurückgehen, aber die Vielfalt der Schülerschaft mit Kindern unterschiedlicher Herkunftsländer deutlich ansteigt. So ist in einigen Städten Niedersachsens schon mehr als jedes zweite Kind ein Kind mit Migrationshintergrund.

Der gesellschaftliche Wandel schlägt sich jedoch auch in steigenden Anforderungen an die erzieherischen Kompetenzen des Lehrpersonals in den Schulen nieder.

Die Grundschule ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Sie wird zunehmend konfrontiert mit einer steigenden Zahl an Familien, die aus vielerlei Gründen nur unzureichend in der Lage sind, ihrem Erziehungsauftrag gerecht zu werden, mit einer wachsenden Anzahl von Kindern mit motorischen oder emotionalen Störungen bzw. sprachlichen Defiziten, mit sinkenden Schülerzahlen im Religionsunterricht und einer fehlenden Werteerziehung, aber auch mit hochbegabten Kindern oder mit überaus ehrgeizigen Eltern.

Gleichzeitig werden auch von außen neue Forderungen an die Grundschulen gerichtet. So sind es verstärkt die Grundschulen, die sich zukünftig unter dem Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf intensiver dem Thema der Ganztagschule widmen müssen.

Ebenso steigen die Forderungen der Schulträger nach effizienten Strukturen, um Schulgebäude sinnvoll zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

I. Organisation und Klassenfrequenzen

1. Wie hat sich seit 2003 die Zahl der öffentlichen Grundschulen (einschließlich der Grundschulzweige an zusammengefassten Schulen oder Oberschulen), aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten, entwickelt?
2. Wie hat sich seit 2003 die Zahl der Grundschulklassen, aufgeteilt nach Schuljahrgängen je Landkreis und kreisfreier Stadt, entwickelt?
3. Wie hat sich seit 2003 die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler, aufgeteilt nach Schuljahrgängen je Landkreis und kreisfreier Stadt, entwickelt?
4. Wie hat sich seit 2003 die durchschnittliche Klassenfrequenz der öffentlichen Grundschulen entwickelt?
5. Wie viele Grundschulen werden in diesem Schuljahr ein-, zwei-, drei- und vierzünftig geführt?

6. An wie vielen und welchen Grundschulen wird die nach der Verordnung für die Schulorganisation vorgeschriebene Mindestgröße von einem Zug unterschritten?
7. Wie viele Grundschulklassen gibt es mit einer Frequenz von bis zu 10, 11 bis 15, 16 bis 20, 21 bis 25, 26 bis 28 sowie 29 und mehr Schülerinnen und Schülern?
8. An wie vielen und welchen Grundschulen sind „Kombi“-Klassen eingerichtet worden?
9. An welchen Grundschulen sind mehrere Kombi-Klassen (1. bis 2. Schuljahr sowie 3. bis 4. Schuljahr) eingerichtet worden?
10. In welchem Umfang ist die Vorgabe der Verordnung für die Schulorganisation erfüllt worden, dass die Grundschulen bei Unterschreitung der Mindestgröße eine ständige pädagogische und organisatorische Zusammenarbeit mit einer benachbarten Schule zu vereinbaren haben?
11. Plant die Landesregierung, die Rechtsgrundlage zu schaffen, kleine Grundschulen zu Schulverbänden zusammenzuschließen? Wenn ja, in welcher Form?

II. Grundschule als Ganztagschulen

12. Wie viele Grundschulen werden als Ganztagschulen geführt (bitte Aufgliederung nach „offen“, „teilgebunden“, „gebunden“ je Landkreis und kreisfreier Stadt)?
13. Wie sind die als Ganztagschulen geführten Grundschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften ausgestattet?
14. Wie viele Grundschulen arbeiten mit Kooperationsverträgen im Ganztagsbereich?
15. An welchen Grundschulstandorten sind Horte eingerichtet?
16. Welche Überlegungen hat die Landesregierung angestellt, um eine bessere Zusammenarbeit von Horten und Grundschule zu erreichen?

III. Inklusion

17. Wie haben sich in den Jahren ab 2003 die Zahlen der Integrationsklassen an Grundschulen entwickelt (absolut und prozentual je Landkreis und kreisfreien Städten)?
18. In welchen Landkreisen und kreisfreien Städten sind die Grundschulen vollständig im Rahmen eines regionalen Integrationskonzeptes eingebunden?
19. Wie viele Grundschulen arbeiten in regionalen Integrationskonzepten mit (absolut und prozentual)?
20. Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf - aufgeteilt nach den besonderen Bedarfen - werden an den Grundschulen beschult (absolut und prozentual)?
21. Wie viele Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter werden an den Förderschulen beschult (absolut und prozentual)?
22. Wie viele Klassen und Schülerinnen und Schüler - aufgeteilt nach sonderpädagogischem Förderbedarf - gibt es im Primarbereich der Förderschulen, aufgeteilt nach Schuljahrgängen?
23. Wie viele Kinder im Grundschulalter besuchen die Tagesbildungsstätten (absolut und prozentual)?
24. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung für die Weiterentwicklung der Grundschule zu einer „inklusive Schule“?

IV. Eingangsstufe

25. An wie vielen Grundschulen ist die Eingangsstufe im Sinne von § 6 Abs. 4 NSchG eingerichtet worden?

26. Wie hoch ist der Anteil der Kinder, die die Eingangsstufe in einem Jahr bzw. drei Jahren durchlaufen?
27. Mit welchen Mitteln will die Landesregierung die weitere Einrichtung von Eingangsstufen fördern?
28. Wie viele Grundschulen haben einen Schulkindergarten?
29. Wie hat sich in den Jahren seit 2003 der Anteil der Zurückstellungen vom Schulbesuch entwickelt?
30. Gibt es Grundschulen, an denen für das Schuljahr 2011/2012 mehr als 5 % der angemeldeten Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt wurden? Wenn ja, welche?
31. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Schuleingangsuntersuchungen?
32. Wie hat sich in den letzten drei Schuljahren das Durchschnittsalter der Kinder bei der Einschulung in den ersten Schuljahrgang entwickelt?
33. Plant die Landesregierung, mit der „Elementarschule“ (Ministerpräsident McAllister) eine Art verbindlicher Vorklasse einzuführen?

V. Sprachförderung

34. Wie hat sich in den letzten vier Jahren der Anteil der Kinder entwickelt, die vor der Einschulung zur Teilnahme an schulischen Sprachfördermaßnahmen (§ 64 Abs. 3 NSchG) verpflichtet waren (bitte getrennt nach deutscher und nicht deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund)?
35. Welche Schwierigkeiten sind bei der Organisation der schulischen Sprachfördermaßnahmen aufgetreten?
36. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der bisherigen Sprachförderung, und welche Vorstellungen hat sie zu deren Verbesserung?
37. An wie vielen Schulen gibt es im Schuljahr 2011/2012 das Angebot des muttersprachlichen Unterrichts?
38. Wie hoch ist der Anteil der Kinder an den Grundschulen, bei denen eine Lese-/Rechtschreibschwäche bzw. eine Rechenschwäche festgestellt wurde?

VI. Personalstruktur

39. Wie viele außerschulische Fachkräfte arbeiten an den Grundschulen (aufgeteilt nach den Bezirken der LSchB)?
40. Wie stellt sich im Schuljahr 2011/2012 die Altersstruktur der an Grundschulen unterrichtenden Lehrkräfte dar?
41. Wie hoch sind der Anteil der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte und der Anteil der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit einer Reduzierung der Wochenstundenzahl auf bis zu vier Stunden?
42. Wie hoch ist der Anteil der männlichen Lehrkräfte?
43. Mithilfe welcher Mittel plant die Landesregierung, den Anteil der männlichen Lehrkräfte zu erhöhen?
44. Wie ist das Geschlechterverhältnis bei den Leitungen der Grundschulen?
45. Wie viele pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (aufgeteilt nach hauptamtlichen und hauptberuflichen, außerschulischen Fachkräften) arbeiten an den Grundschulen?
46. Wie ist die Ausgestaltung der Arbeitsverträge mit den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geregelt?

47. Wie viele Schulleiterinnen- und Schulleiterstellen wurden in den vergangenen fünf Jahren mehrfach ausgeschrieben?
48. Wie viele Schulleiterinnen- und Schulleiterstellen sind zurzeit unbesetzt (aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
49. Wie viele Schulleitungen werden zurzeit kommissarisch wahrgenommen (aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
50. Wie lange dauert es durchschnittlich, bis eine frei gewordene Planstelle als Schulleitung einer Grundschule wieder besetzt wird?
51. Welche Grundschulen waren seit 2003 länger als ein halbes Jahr ohne Schulleitung?
52. Wie will die Landesregierung erreichen, dass freie und frei werdende Leitungsstellen an Grundschulen ohne „erneute Ausschreibung“ zügig besetzt werden?
53. An wie vielen Grundschulen gibt es keine ständige Vertretungskraft (Konrektorin, Konrektor; aufgeteilt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?

VII. Qualitätsaspekte

54. Auf welche Weise sind die zentralen Vergleichsarbeiten im 3. Schuljahrgang ausgewertet worden, und welche Erkenntnisse hat die Landesregierung dadurch gewonnen?
55. Welche Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Grundschulen hat die Landesregierung aus dem periodischen Bericht 2008 der Schulinspektion gezogen?

VIII. Fach- und Religionsunterricht

56. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung zur Weiterentwicklung des Englischunterrichts an Grundschulen?
57. Wie hoch ist die fachspezifische Unterrichtsversorgung im Fachbereich Musisch-kulturelle Bildung (getrennt nach Musik, Kunst, Gestaltendes Werken und Textiles Gestalten)?
58. In wie vielen Grundschulen wird konfessionell-kooperativer Religionsunterricht für evangelische und katholische Schülerinnen und Schüler erteilt, an wie vielen in allen vier Schuljahren?
59. Wie ist der Stand der Bemühungen der Landesregierung, an Grundschulen islamischen Religionsunterricht im Sinne von Artikel 7 Abs. 3 GG einzurichten?
60. Welche Kosten entstehen für die Einführung islamischen Religionsunterrichts im Sinne von Artikel 7 Abs. 3 GG an allen Grundschulen?
61. Plant die Landesregierung die Einführung des Unterrichts Werte und Normen (§ 128 NSchG) an Grundschulen? Wenn nein, warum nicht? Welche Kosten würden durch die Einführung des Unterrichts Werte und Normen entstehen?
62. Wie hoch war der Prozentsatz der Grundschulkinder im Schuljahr 2010/2011, die an keinem Religionsunterricht teilnahmen?
63. Wie hat sich die Zahl der evangelischen und katholischen Bekenntnisschulen (Schulen nach § 129 NSchG) in den Jahren seit 2000 entwickelt?
64. An welchen Bekenntnisgrundschulen hat die Zahl der aufgenommenen bekenntnisfremden Schülerinnen und Schüler die Höchstgrenze von 30 % der Gesamtschülerzahl überschritten?
65. Sind von allen Schulträgern von Bekenntnisgrundschulen, bei denen der Anteil bekenntnisfremder Schülerinnen und Schüler die Höchstgrenze überschreitet, entsprechende Anträge gestellt worden?
66. Wie viele Anträge auf Überschreitung der Höchstgrenze hat das Kultusministerium genehmigt? Mit welcher Begründung?

67. Falls die Aufnahme bekenntnisfremder Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 2011/2012 bereits vor Inkrafttreten der Bekenntnisschulen-Aufnahmeverordnung erfolgt ist, wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass deren Bestimmungen bei kommenden Aufnahmeverfahren eingehalten werden?

IX. Kommunale Finanzierung

68. Welche Gemeinden bzw. Landkreise und kreisfreien Städte finanzieren zusätzlich Schulsozialarbeit an ihren Grundschulen und in welcher Höhe?
69. Fördern Gemeinden, Landkreise und kreisfreie Städte zusätzliche Sprachfördermaßnahmen? Wenn ja, welche und in welcher Höhe?

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender